

Kleiststr. 10, 65232 Taunusstein
Tel.: 06128 / 246712
E-Mail: SPD-FraktionRTK@t-online.de
Fraktionsvorsitzender: Georg A. Mahr

Herrn
Kreistagsvorsitzender
Klaus-Peter Willsch
Heimbacher Straße 7
65307 Bad Schwalbach

13. Februar 2017

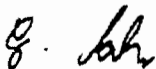
04/17

nr 15/02

Sehr geehrter Herr Willsch,

bitte nehmen Sie den nachstehenden Antrag der SPD-fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung.

Mit freundlichen Grüßen



Georg A. Mahr

Antrag: UNESCO Biosphärenregion Rheingau-Taunus/Wiesbaden/Mainspitze

Der Kreistag begrüßt die Diskussion zur Ausweisung einer UNESCO-Biosphären-Region in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Dazu zählt die Initiative aus den Reihen der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung, gemeinsam mit dem Rheingau-Taunus-Kreis, dem Main-Taunus-Kreis, dem Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus und der Hessischen Landesregierung zur Realisierung eine Machbarkeitsstudie anzustreben.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt,

- 1) den Mitgliedern des Kreistages die Beschlüsse und Materialien des Kreistages/der Kreisverwaltung zur Biosphärenregion aus den Jahren 2012-2015 zur Verfügung zu stellen.
- 2) mit dem Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus, dem Zweckverband Rheingau, dem Verein Regionalentwicklung Untertaunus e.V., dem Verein Regionalentwicklung Rheingau e.V. und dem Landschaftspflegeverband eine Organisationsstruktur für die Entwicklung einer Biosphärenregion zu erarbeiten
- 3) durch die Regionalen Entwicklungskonzepte, in denen die Biosphärenregion in die Projektlisten aufgenommen wurde, bei den kommunalen Entscheidungsträgern dafür zu werben.

Begründung:

Bereits im Jahr 2012 hat sich der Kreistag für die Entwicklung des Rheingau-Taunus-Kreises zu einer Biosphärenregion mit der Landeshauptstadt Wiesbaden und Teilen des Main-Taunus-Kreises ausgesprochen. Ziel ist eine Biosphärenregion, die Vorstellungen und Lösungen zu Fragen einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung zwischen urbanen und ländlich geprägten Räumen darstellt. Dieses Ziel kann durch die neue Initiative in der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden wieder erreicht werden.